Gruppe SPD – WGS – B'90 / Die Grünen
im Rat der Stadt Burgdorf

31303 Burgdorf, 4. Februar 09
Vor dem Hann. Tor 1

Neufassung

Adolf W. Pilgrim, Vorsitzender
Milanweg 6, 31303 Burgdorf
Tel.: 05136 – 83376
Fax: 05136 – 9719551
Email: adolf-w.pilgrim@htp-tel.de

Eil-Antrag für die Ratssitzung am 5. Februar 2009

zur schnellstmöglichen Realisierung des Gesetzes zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder im Rahmen des Konjunkturpaketes II

Der Rat der Stadt Burgdorf nimmt das vom Bundeskabinett am 27. Januar 2009 beschlossene Konjunkturpaket II mit seinen Maßnahmen für Beschäftigung und Stabilität zur Kenntnis und begrüßt insbesondere das kommunale Investitionsprogramm. Der Rat sieht erheblichen Bedarf für zusätzliche Investitionen in der Stadt Burgdorf.

Der Rat bittet die Verwaltung

1. zu berichten, wie seitens des Bundes und des Landes die detaillierten Fördervoraussetzungen ausgestaltet sind.

2. darzulegen, für welche Projekte baureife Planungen vorliegen bzw. welche Maßnahmen kurzfristig realisiert werden können, die den Vorgaben des Gesetzentwurfes zur Umsetzung des kommunalen Investitionsprogramms entsprechen.

3. mitzuteilen, für welche Projekte und Maßnahmen eine rasche Planung in welchem Zeitraum möglich ist. Dabei ist die auf die Dauer von zwei Jahren vorgesehene Vereinfachung des Vergabeverfahrens zu berücksichtigen.

4. eine Prioritätenliste aufzustellen für Projekte und Maßnahmen, die im Rahmen des kommunalen Investitionsprogramms in den nächsten zwei Jahren realisiert werden können und diese dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Das Zukunftsinvestitionsprogramm, das Bund und Länder zur Abwehr einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts aufgelegt haben, soll die Kommunen dabei unterstützen, zusätzliche Investitionen zu tätigen. Mit diesen Investitionen sollen die lokale und regionale Bauwirtschaft und das Bauhandwerk gestützt und der Erhalt von Arbeitsplätzen gefördert werden.
Es kann nicht angehen, dass aus den Stadtteilen oder von den Fraktionen Einzelanträge gestellt werden, deren Bearbeitung einen erheblichen Verwaltungs- und damit auch Zeitaufwand verursacht. Die Verwaltung sollte schnellstmöglich berichten, was, wann und wo unter den Voraussetzungen des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes möglich wäre, damit politisch entschieden und eine Prioritätenliste beschlossen werden kann.

Adolf W. Pilgrim